



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur schleswig-holsteinischen Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur schleswig-holsteinischen Frage.

Wenn man die gehobene Stimmung erwägt, die infolge des ruhmvollen Tages von Düppel das preußische Volk ohne Unterschied der Parteien ergriffen hat, so kann man sich der Hoffnung nicht entschlagen, daß diesmal die gerechten Forderungen der Nation Befriedigung finden werden. Es ist nach der Erstürmung der dänischen Schanzen im Sundewitt augenscheinlich, daß jede halbe Lösung einer vollständigen Niederlage Preußens gleichkäme, und daß eine solche einen Rückschlag auf das Selbstgefühl der Nation ausüben müßte, der sich in allen Richtungen des öffentlichen Lebens in nachtheiligster Weise geltend machen würde. Auch sprechen manche Symptome dafür, daß die preußische Politik den durchaus unbefriedigenden Standpunkt, den sie noch Anfangs April, wie die von der Kölnischen Zeitung veröffentlichten Actenstücke beweisen, einnahm, gegenwärtig als antiquirt betrachtet. Ob sie schon den festen Entschluß gefaßt hat, die völlige Trennung der Herzogthümer von Dänemark als unverrückbares Ziel ihrer Bemühungen hinzustellen, oder ob sie auch jetzt noch an die Möglichkeit glaubt, auf den Grundlagen einer möglichst lockern Verbindung Dänemarks mit den Herzogthümern eine Befriedigung der gerechten Forderungen dieser zu erzielen, das wissen wir zwar nicht, glauben aber doch, daß die Unmöglichkeit der Vermittelung der unvereinbaren Gegensätze auch in solchen Kreisen erkannt wird, die, sei es aus welcher Ursache es wolle, bisher sich gescheut haben, der preußischen Politik offen ein dem Ernst der preußischen Kriegführung entsprechendes Ziel zu stecken. Wenigstens darüber wird kein Zweifel herrschen, daß die Ansicht, welche in der Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie ein dem preußischen Interesse entsprechendes Resultat sieht, an leitender Stelle kaum noch eine beachtenswerthe Vertretung findet, daß also, wenn dennoch die Unabhängigkeit der Herzogthümer noch nicht mit voller Bestimmtheit als einzig mögliche Bedingung des Friedens zwischen Deutschland und Dänemark aufgestellt wird, dies nicht seinen Grund darin haben kann, daß von den Leitern der preußischen Politik das Ziel als nicht wünschenswerth angesehen wird, sondern nur in der Furcht vor den Gefahren, die das Einschlagen einer entschiedenen Politik, welche die Brücken zum Rückzug hinter sich abbricht, für Preußens politische Stellung

Grenzboten II. 1864.

mit sich führen könnte. Man hegt, so scheint es, die Besorgniß, daß ein unbedingtes Vertreten der schleswig-holsteinischen Selbständigkeit eine Coalition heraufbeschwören könnte, der Preußen möglicher Weise isolirt und auf seine eignen Kräfte beschränkt die Spitze zu bieten haben würde.

Diese Besorgniß entbehrt aber in jeder Beziehung der Begründung. Zunächst ist es klar, daß Preußen einer etwa sich bildenden Coalition nicht isolirt gegenüberstehen würde. Es würde auf den Beistand Deutschlands rechnen können, nicht etwa bloß des schwerfälligen officiellen Deutschlands, wie es die Welt als frankfurter Bundesversammlung kennt, sondern der gesammten deutschen Nation, die unbedingt Preußen jede Forderung zugestehen würde, die dieses zum Zwecke einer energischen Kriegsführung und Politik zu stellen hätte. Mag immerhin selbst in einigen liberalen Kreisen Deutschlands die Borussophobie auch in dem gegenwärtigen schicksalsvollen Augenblicke die Stimme des Patriotismus und der gesunden Vernunft gewaltsam unterdrücken —, wenn Preußen das richtige Wort gesprochen haben wird, wird es das Volk und die Regierungen fortreißen und allen kleinlichen Eifersüchteleien Stillschweigen auferlegen. Daß aber Preußen an der Spitze Deutschlands eine Coalition, die schon bei ihrem Entstehen die Keime des Zerfalles in sich tragen würde, nicht zu scheuen braucht, darüber herrscht wohl in Preußen, und wie wir glauben in Deutschland nur eine Stimme.

Somit ist also eine Isolirung Preußens unter keinerlei Umständen zu fürchten, und es könnte in der Gewißheit, die Gesamtkraft Deutschlands auf seiner Seite zu haben, der Bildung jeder Coalition mit Ruhe entgegensehen. Wir glauben aber auch ferner die Behauptung wagen zu dürfen, daß die Gefahr einer Coalition gegen Preußen, wenn überhaupt vorhanden, jedenfalls im weiten Felde liegt. Einen wirklichen Eifer, Dänemark aus seiner bedrohten Lage zu reißen, hat bis jetzt nur England bewiesen. Ob dieser Eifer auf einer vernünftigen Auffassung der Verhältnisse, oder auf einer fixen politischen Idee beruht, ist gleichgiltig, die Thatsache steht fest, daß England seinen ganzen diplomatischen Apparat aufgeboten hat, um den Zerfall der dänischen Monarchie zu hindern. Eine ganz andere Frage ist es, ob es die Neigung hat, seine diplomatischen Anstrengungen auch mit den Waffen in der Hand zu unterstützen. Wäre dies unbedingt der Fall, so würde es unerklärlich sein, daß es nicht bereits im März eine Flotte in die Ostsee geschickt hat, daß es den Fall der düppeler Schanzen ruhig hat geschehen lassen, ohne auch nur Wien zu machen, die wichtigste Stellung des befreundeten Staates mit wirksameren Mitteln als russischen Noten zu stützen. Es läßt die Haltung Englands, so weit sie überhaupt eine Erklärung zuläßt, sich nur so erklären, daß England ein isolirtes Vorgehen gegen Deutschland scheut, daß es aber im Verein mit den andern Großmächten, besonders mit Frankreich, im äußersten ihm selbst sehr unerwünsch-

ten Falle sich auch zu einer bewaffneten Demonstration, vielleicht gar zur bewaffneten Unterstützung Dänemarks entschließen würde. Also nicht von England, sondern von den Mächten, die es zu einem Kreuzzuge für Dänemark pressen möchte, wird es abhängen, ob Deutschland in standhafter Verfolgung seiner Ansprüche einen materiellen Widerstand fremder Großmächte zu überwinden haben wird.

Daß Rußland seine gegenwärtigen Verlegenheiten nicht durch einen muthwillig heraufbeschworenen Krieg mit Deutschland vermehren wird, bedarf kaum der Erwähnung. Rußland wird gute Wünsche für Dänemark haben und zufrieden sein, wenn es wider sein Erwarten auf diplomatischem Wege etwas für den Schützling der europäischen Politik erreicht; darauf aber wird sich seine Hilfsleistung beschränken. Alles kommt also darauf an, welche Stellung Frankreich im weiteren Verlauf des Conflictes einnehmen wird. Welches die verborgenen, tiefsten Gedanken des Kaisers der Franzosen über die brennende Tagesfrage sind, vermag allerdings niemand zu sagen; es dürfte überhaupt sehr zweifelhaft sein, ob Napoleon, der gewohnt ist nach den Umständen zu handeln, und der dabei in seltenem Maße die Gabe besitzt, die Umstände zu seinem Vortheile zu lenken, bereits einen festen Entschluß gefaßt hat, oder ob er nicht vielmehr beabsichtigt, seine Stellung zu der Frage von der Gestaltung der allgemeinen europäischen Verhältnisse abhängig zu machen. So viel steht indessen fest, daß seine bisher eingeschlagene Politik zwar eine zurückhaltende, aber keineswegs eine den deutschen Ansprüchen unbedingt ungünstige ist, insofern in der schleswig-holsteinischen Frage ein Princip zur Sprache kommt, welches er nicht verletzen lassen kann, ohne die Grundlagen seiner Macht zu untergraben. Napoleon kann sich über manche Schranken hinwegsetzen, die selbst einer altbegründeten Staatsgewalt unüberwindlich sind; dagegen kann er nicht seine Hand dazu bieten, ein Recht zu zerstören, aus dem seine Macht ihren Rechtstitel ableitete, das Recht der freien Selbstbestimmung eines Volkes, wobei es übrigens gleichgiltig ist, ob dies Recht durch allgemeine Comitien, oder ob es durch bereits bestehende Repräsentativversammlungen ausgeübt wird.

Als Napoleon zum ersten Male den Gedanken aussprach, daß die londoner Abmachungen hinfällig seien, und daß in den Herzogthümern ohne eine Befragung und Berücksichtigung ihrer eigenen Wünsche ein dauernder Zustand nicht hergestellt werden könnte, gab man sich vielfach übereilt der Hoffnung hin, daß mit diesem Zugeständnisse seinerseits die Frage der Herzogthümer bereits gelöst sei. Dabei vergaß man nur einen Umstand: daß in gleichem Maße wie Napoleon ein Beschützer des Princips der nationalen Selbstbestimmung ist, die eine der im Kriege mit Dänemark begriffenen Mächte mit eben diesem Princip einen unversöhnlichen Kampf auf Tod und Leben führt. Preußen allerdings kann ohne jede Gefahr für seine politische Existenz die schließliche Entscheidung der Frage,

deren Lösung seine siegreichen Waffen vorbereitet haben, dem Willen der Beteiligten überlassen; Oestreich befindet sich nicht in dieser glücklichen Lage. Auf die Anerkennung Oestreichs hat nur das Recht der Legitimität zu rechnen, und — die vollendete Thatfache. Aber die förmliche Sanctionirung des Princips der nationalen Selbstbestimmung als höchsten Gesetzes der geschichtlichen Entwicklung, eines Princips, das, einmal durch den europäischen Consensus anerkannt, kein höheres Ziel als die völlige Auflösung des Kaiserstaats verfolgen würde, ist von Oestreich nicht zu erwarten. Es ist daher vollkommen der Lage der Dinge entsprechend, daß der Fortschritt Oestreichs in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, der uns von Wien aus gemeldet wird, wenn eine derartige Wendung, was wir bis jetzt noch sehr bezweifeln, wirklich stattgefunden hat, nicht die nationale Seite der Frage berücksichtigt, sondern die Entscheidung des wiener Cabinets von der Entscheidung über das Recht der Erbfolge abhängig macht.

Die Verlegenheit Oestreichs ist nicht gering. Aber sie ist selbstverschuldet. Hätten die deutschen Großmächte die Waffen ergriffen für das von ganz Deutschland und den Stimmen der Herzogthümer anerkannte Recht des Herzogs Friedrich, so würde der Erfolg der deutschen Waffen auch ohne weiteres die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gewesen sein. Oestreich hat diesen Standpunkt nicht eingenommen, weil ihm die Integrität Dänemarks wichtiger war, als das Loos der Herzogthümer. Daß ein glücklicher Verlauf des Krieges nicht gestatten würde, dieses Kampfesziel festzuhalten, das sah die östreichische Diplomatie in ihrer eingebildeten Selbstgefälligkeit und in dem Mangel an Boraussicht, der sie gegenwärtig kennzeichnet, nicht ein. Weßhalb Preußen, wenn auch nicht ohne bedeutende Restrictionen, doch im Wesentlichen der östreichischen Auffassung sich angeschlossen hat, ob es nur durch eine Accommodation die Mitwirkung Oestreichs sich hat sichern wollen, oder ob es deshalb ohne ein bestimmtes Ziel in den Kampf gegangen ist, um dasselbe als natürliches Resultat aus dem Verlauf der Begebenheiten sich entwickeln zu lassen: darüber wird erst die Zukunft mit ihren dereinstigen Enthüllungen ein sicheres Urtheil fällen können. Jedensfalls befand die preußische Politik sich in der verhältnismäßig vortheilhaften Lage, daß jeder Erfolg der preußischen Waffen sie in der Richtung der nationalen Wünsche, deren Erfüllung in dem Interesse Preußens lag, weiter drängen mußte, daß also ein von den Verhältnissen abgenöthigtes Aufgeben des ursprünglich, sei es zum Schein, sei es aus Unklarheit oder Unentschlossenheit, eingenommenen Standpunktes vom Gesichtspunkte einer wahrhaft preußischen Politik aus betrachtet, nicht als eine Niederlage, sondern als ein Erfolg der preußischen Politik anzusehen ist. Insofern also konnte die preußische Regierung unbedenklich ohne Programm oder mit einem unvollkommenen Programm zur Action schreiten, als sie wissen konnte, daß aus einem glücklichen Erfolge der

Action sich von selbst das richtige Programm ergeben mußte. Für Oestreich liegen aber die Verhältnisse so, daß es sich entweder des offenen Preisgebens der deutschen Sache schuldig machen, oder einer Lösung zustimmen muß, der es bisher aus übel angebrachter Eifersucht gegen Preußen ernstlich widerstrebt hat. Nachdem es lange Zeit hindurch jedem militärischen Erfolge, ja jeder Ausdehnung der kriegerischen Operationen durch die zum Ueberdruß und man möchte fast sagen mit einer gewissen Zudringlichkeit wiederholte und gewiß aufrichtig gemeinte Erklärung, daß es nach wie vor an der Integrität der dänischen Monarchie festhalte, die Spitze abzubrechen gesucht hat, kann es sich nicht länger die Thatsache verbergen, daß das Festhalten dieses Standpunktes eine Unmöglichkeit geworden ist; nicht als ob es schon zur Unterstützung der nationalen Wünsche bereit wäre, aber es muß ihnen, und sollte es auch nur zum Schein sein, Rechnung tragen. Denn allerdings vermögen wir in der Erklärung, daß eine Prüfung der rechtlichen Seiten der Erbfolgefrage unumgänglich sei (falls sie wirklich gegeben ist) zunächst nur einen Schein zu sehen. Wer soll die Rechtsfrage prüfen? Die Conferenz, deren Glieder noch der einen oder der andern Seite Partei sind? Und welches Botum wird Oestreich in diesem hohen Gerichtshof abgeben? Wer der Conferenz mehr überlassen will, als die Registrierung einer vollendeten Thatsache, der will überhaupt keine That, er will nur den Schein einer That. Er will weiter nichts als die Verantwortung für seine eignen antinationalen Gelüste dem gesammten Europa zuschieben.

Dennoch sehen wir jedes Zugeständniß Oestreichs, auch das widerwilligste und unaufrichtigste, als einen Fortschritt der nationalen Sache an, vorausgesetzt, daß Preußen sich seinerseits von allen Bedenklichkeiten freigemacht hat und entschlossen ist Oestreich bei seinen Zugeständnissen nicht nur festzuhalten, sondern es auch weiter auf der Bahn derselben zu drängen, allerdings auf die Gefahr hin, das Bündniß mit Oestreich ganz zu lösen; was indessen ein geringerer Schaden wäre, als durch Festhalten an demselben die Sache, für die unsere Krieger gekämpft und geblutet haben, ganz zu verderben. Gelingt es der preussischen Diplomatie, Oestreich zu einer wirklich deutschen Politik zu drängen, so wird sie einen Beweis großer Geschicklichkeit geben; entschließt sie sich, im Fall des Mißlingens die Sache der Herzogthümer ausschließlich im Verein mit Deutschland zu vertreten, so wird sie damit einen Muth und eine Thatkraft beweisen, die für Preußen um so heilsamer sein wird, je weniger man sie im Allgemeinen erwartet hat. Dazu scheint vor allem nöthig, daß Preußen offen den Standpunkt einnimmt, den es bisher nur officiös und daher noch nicht bindend angedeutet hat. Es darf die Zukunft der Herzogthümer nicht mehr der Hoffnung überlassen, daß jedes ungenügende Programm an Dänemarks Hartnäckigkeit scheitern wird, und daß Dänemark somit selbst in den Augen Europas dafür verantwortlich wird, wenn Preußen, nachdem alle Ver-

mittelungsversuche in Folge des Widerstandes des kopenhagener Cabinets sich als fruchtlos erwiesen haben, gewissermaßen gezwungen als letztes Mittel der Lösung die Trennung der Herzogthümer von Dänemark fordert.

Die Aufgabe, Oestreich zum Einnehmen des richtigen Standpunkts zu nöthigen, nachdem einmal die Action gegen Dänemark von dem Einverständnis mit Oestreich abhängig gemacht worden ist, haben wir nie für eine leichte gehalten. Sie ist dadurch noch verwickelter geworden, daß es zugleich gilt, Frankreich durch Eingehen auf seinen Wunsch in Betreff der Befragung der Herzogthümer in einer neutralen Stellung zu erhalten. Soll Preußen Oestreich zu Gefallen diesen Plan bekämpfen? Dies hieße zugleich Frankreich, dessen Sympathien eben nicht deutsch sind, auf Dänemarks Seite drängen und Oestreich einen Vorwand bieten, in Rücksicht auf die immer ungünstiger sich gestaltende europäische Constellation, ganz wieder auf den alten Integritätsstandpunkt zurückzusinken.

Es scheint uns unter diesen Umständen nur ein Weg befriedigende und verhältnißmäßig sichere Resultate zu versprechen: Preußen muß ungesäumt die Erbfolgefrage in Betreff Holsteins der Entscheidung des Bundes anheimgeben. Will Oestreich nicht für den Herzog Friedrich stimmen, so mag es sich überstimmen lassen. Es ist damit ein Rechtstitel gewonnen, der Oestreich der peinlichen Nothwendigkeit überhebt, die Souverainetät des Nationalwillens anerkennen zu müssen. Ist die Rechtsfrage für Holstein und damit auch indirect, wenn auch ohne Verbindlichkeit für Europa, für Schleswig entschieden, so sind offenbar die Bedenklichkeiten bedeutend vermindert, die eine feierliche Manifestation des Volkswillens für Oestreich haben würde, und dasselbe wäre in der Lage, das Botum der Bevölkerung, welches nur eine bereits von ihm anerkannte Thatsache bestätigen würde, als einen Ausdruck der Loyalität anzusehen, ohne damit irgendwie das Princip der nationalen Selbstbestimmung anerkennen zu müssen. Daß Oestreich ein solcher Ausgang nicht erwünscht wäre, daß es vielmehr am liebsten in dem alten Fahrwasser bliebe, ist uns allerdings wahrscheinlich; aber darauf kommt es gar nicht an. Den Kreis, in dem Oestreich seit Jahren sich fruchtlos herumdreht, wird es freiwillig nicht verlassen. Aber die Lage ist günstig, es dazu zu nöthigen. Das erfordert unser Interesse, und wie wir denken das Interesse Oestreichs selbst, für das vielleicht nirgend ein geringeres Verständnis herrscht, als in Wien.

Sollte ein festes Auftreten Preußens die Conferenz sprengen, so haben wir keine Ursache, das Bedauern zu theilen, welches die englischen Staatsmänner in diesem Falle empfinden würden. Sollte es Napoleon gelingen, die Conferenz in einen Congreß zu verwandeln, so würden wir auch in diesem Ereigniß keine Gefahr sehen, unter der Voraussetzung, daß Preußen in der nächsten Zeit uns darüber außer Zweifel setzt, daß es seine Interessen erkannt

hat, und nach dieser Erkenntniß zu handeln entschlossen ist. Geschieht dies nicht, so ist eine Lösung der Frage unmöglich, die schwerste europäische Verwicklung aber gewiß.

Wir bemerken noch einmal ausdrücklich, daß wir uns betreffs einer Einwirkung auf Oestreich keinen unbedingten Erwartungen hingeben. Wir haben unsere Hoffnung niemals auf Oestreich gesetzt. Da aber einmal die Sache im Verein mit Oestreich unternommen worden ist, so muß dieses in der Wahl der einzuschlagenden Mittel so weit als die Sache, für die wir kämpfen, es gestattet, berücksichtigt werden. Dazu kommt, daß gerade eine erhöhte Thätigkeit des Bundes, die von Preußen auszugehen hat, das beste Mittel ist, Oestreich festzuhalten: durch Deutschland muß auf Oestreich gewirkt werden! Vermag Oestreich aber trotz aller Rücksichten, die Preußen auf seine Lage nimmt, nicht, sich zu einer deutschen Politik zu entschließen, dann möge man es seinem Schicksal und der Freundschaft Englands überlassen. Preußen würde diese Lösung seiner Alliancen bedauern, aber es würde ihr mit Ruhe entgegensehen können, vorausgesetzt, daß die Anwendung seiner Kraft in der schleswig-holsteinischen Frage ihm das Recht zu dem höchsten Gute eines Staates, dem Selbstvertrauen, giebt.

Camillo von Cavour.

„Es ist das ruhmreiche Geschick des nachgelassenen Ruhmes des Grafen Camillo von Cavour, daß er um so größer erscheint, je mehr er vom Glanze der Wahrheit erleuchtet wird“ — so beginnt Prof. Nicomede Bianchi in Turin seinen trefflichen Aufsatz über Cavour in der Rivista contemporanea, der eine große Menge bisher unbekannter und wichtiger Documente ans Licht bringt. Und er hat Recht. Je mehr die Stimmen persönlichen Hasses und persönlicher Gunst vor dem geschlossenen Grabe verstummen, und die Ereignisse, bei denen er eine so hervorragende Rolle gespielt, in die historische Perspektive treten, in um so klareren und großartigeren Zügen tritt uns das Bild des größten Staatsmannes der Gegenwart entgegen. Allerdings ist die Zeit noch nicht gekommen, um eine allen Ansprüchen genügende Biographie, vor Allem eine vollständige Darstellung seiner öffentlichen Thätigkeit zu geben. Noch würde eine unbeschränkte Benutzung aller auf ihn bezüglichen, in Familien- wie in Staats-